

14./15.11.2009 - MAGDEBURG - 1.Tagung des 2.Landesparteitages

Unser Land gestalten!

sozial und ökologisch

Sonderbeilage zur 1.
Tagung des Landes-
parteitages
in dieser Ausgabe !

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

20. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

17. November 2009

Polizeistrategie verhindert wirkungsvollen demokratischen Protest: Stadtverband der LINKEN Halle kritisiert Agieren der Polizei am 7.11.



In Halle hatte sich ein breites Bündnis zusammengeschlossen, um den vielfältigen und phantasievollen Protest gegen den Aufmarsch der rechtsextremen JN am 7.11. zu organisieren. Dem Aufruf zum Protest folgten über 600 Bürgerinnen und Bürger - die Veranstaltungen des Bündnisses waren damit deutlich besser besucht als der Aufmarsch der Neonazis, die mit 300 Teilnehmern weit hinter den eigenen Erwartungen zurückblieben. Doch wirkungsvolle Proteste wurden durch die Strategie der Polizei unmöglich gemacht: Noch am Tag der Demonstration wurde die Route des JN-Aufmarsches nicht bekannt gegeben. Bereits vor Beginn der

Platz zudem optisch und faktisch in Richtung Wochenmarkt, der Richtung also, aus der die meisten Teilnehmer der friedlichen Demonstration erwartet wurden, ab. Ein Kamerawagen und mehrere Handkameras waren ebenfalls schon vor Beginn der Veranstaltung im Einsatz, wodurch alle Demonstranten unter einen unzulässigen Generalverdacht gestellt, eingeschüchtert und von der Teilnahme abgeschreckt wurden. Auf die Nachfrage, warum denn gefilmt werde, wurde dies entweder geleugnet oder die Kommunikation mit den Fragestellern, darunter auch Stadträte und Landtagsabgeordnete, verweigert. Taschenkontrollen und

Bündnis-Demonstration in Halle-Neustadt war der (genehmigte!) Versammlungsort von unverhältnismässig vielen Polizeiwagen und Einsatzkräften umstellt. Ein Gitterriegelte den

Identitätsfeststellungen beim Betreten des Versammlungsortes verschärfte die ausserordentlich konfrontative Stimmung seitens der Polizei. Durch die Strategie der strikten räumlichen Trennung zwischen Neonaziaufmarsch und den Gegendemonstranten ermöglichte es die Polizei den Anhängern der JN, ungestört dreieinhalb Stunden lang durch Halle-Neustadt zu laufen und ihre Positionen unwidersprochen in die Öffentlichkeit bringen. Große Teile der Demonstration konnten sie dabei auf der Magistrale zurücklegen, auf der sie auch drei Kundgebungen halten durften, während Menschen, die dagegen gewaltfrei protestieren wollten, nicht einmal in die Nähe der Magistrale oder der sonstigen Demonstrationsroute der JN vorgelassen wurden. Protest, auch und gerade an der Strecke von Neonazidemonstrationen, ist in unseren Augen notwendig und legitim und kann, wie Leipzig am 17.10. gezeigt hat, sehr erfolgreich sein. Die Polizei in Halle hat indes mit ihrem Agieren am 7. November den demokratischen Protest gegen Nazis verhindert.

„Perspektivwechsel 1989“ Der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS“

Samstag, den 5. Dezember 2009

in Bernburg, Ratssaal der Hochschule Anhalt, Strenzfelder Allee 28

Der Außerordentliche Parteitag der SED im Dezember 1989 war bereits als solcher ein Ergebnis gesellschaftlicher und parteiinterner Machterosion zugunsten eines tiefgreifenden Reformprozesses. Ursprünglich war eine Parteikonferenz ohne die Möglichkeit zu statutenändernden Beschlüssen geplant. An zwei Tagungswochenenden (8./9.12. und 16./17.12.1989) wurde schließlich die Selbstauflösung der Partei verworfen, eine neue Parteiführung gewählt und die Umbenennung beschlossen. Er markiert zusammen mit dementsprechenden Beschluss der Volkskammer das Ende des Führungsanspruches einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei. Michael Schumann, Delegierter aus Brandenburg, hat am 16. Dezember 1989 mit seiner Rede „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“ Standards für die neue PDS gesetzt. An diese wollen wir zum 20. Jahrestag des Parteitages erinnern.

Der Bildungstag „Perspektivwechsel 1989“ thematisiert die Erfahrungen des Auf- und Umbruchs, die Reflexionsleistungen vieler Genossinnen und Genossen - auch in Westdeutschland - und soll

Programm

ab 10.00 Uhr

Anreise und Anmeldung

10.30 Uhr

Begrüßung, Mathias Höhn
Grußwort „Bildungsarbeit in der LINKEN“ Friedrich Schütz

10.40 Uhr

Eröffnungsvortrag mit Diskussion
Reformdiskurse in der SED und ihr Scheitern

Dr. Rainer Land, Thünen-Institut für Regionalentwicklung e. V.

12.00 - 12.45 Uhr

Mittagspause

12.45 - 14.15 Uhr

Podium mit Diskussion
Roland Claus: Umbruch und Aufbruch 1989

Dr. Manfred Sohn: 1989 für die dogmatische Westlinke

David Begrich: Parallelwelten im Herbst 1989

Moderation: Birke Bull

14.15 Uhr

Ausblick

Mathias Höhn, MdL

ca. 14.20 Uhr

Ende der Veranstaltung

diese auch den neuen Mitgliedern der LINKEN zugänglich machen. Liest man die Schumannrede heu-

te, erstaunt die vorgetragene Klarheit über die Verfehlungen und die Versäumnisse der damaligen Staatspartei. Eine Erneuerung schien möglich, eine DDR mit demokratischem Antlitz war noch eine Hoffnung, die SED-Mitglieder und nicht wenige Bürgerbewegte teilten, ohne darüber in ein Gespräch kommen zu können.

Die politische Wende stieß die SED vom Sockel der Deutungshoheit und die Partei des demokratischen Sozialismus mitten in die Parteienkonkurrenz hinein. Das heißt für die LINKE, um Zustimmung und politische Mehrheiten für die eigenen Konzepte zu ringen, gesellschaftliche Deutungen anzubieten, praktische Wirkung heute mit der Tauglichkeit von Gesellschaftsentwürfen für morgen zu verbinden.

Oder anders gesagt: DIE LINKE braucht die Fähigkeit zum Dialog, um „niemanden auszugrenzen, den demokratischen Konsens und Kompromiss zu finden, und sozialistische Politik als Lebensform des denkbar breitesten Bündnisses (zu) entwickeln“ (Michael Schumann).

Zu einem solchen Dialog laden wir nach Bernburg ein.

Der Campus der Hochschule in Bernburg ist von der A 14, Abfahrt Staßfurt Richtung Neugattersleben/Nienburg in ca. 5 Minuten erreichbar. Bei der Anmeldung vor Ort wird eine Tagungsgebühr von 5,00 Euro (Imbiss und Tagungsgetränke) erhoben. Die Anmeldung zur Teilnahme ist bis zum 1. Dezember möglich bei:

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Grundsatzfragen und politische Bildung

Anke Lohmann,

Tel. 0345 202 55 83 / Fax 0345 202 55 84

bildung3000(@)gmx.de

Luxemburg - Liebknecht - Gedenken



Zum 90. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg war es uns erstmalig gemeinsam mit dem Saalekreis gelungen, einen Bus zu organisieren, um gemeinsam zum Gedenken zu fahren. GenossInnen, welche an der Demonstration nach Friedrichsfelde teilnehmen wollten, konnten am Treffpunkt der Demonstration aussteigen, die anderen GenossInnen konnten dann direkt zur Gedenkstätte der Sozialisten weiterfahren.

Auch 2010 wird wieder ein Bus gemeinsam mit dem Saalekreis organisiert, um an dem ehrenden Gedenken am 10.01.2010 in Berlin teilzunehmen.

Ab Dienstag, dem 17.11.2009 sind die Fahrkarten zum Preis von 15,00 Euro in der Geschäftsstelle zu den Öffnungszeiten oder über Marianne Böttcher erhältlich.

Kartenvorbestellungen über: organisation@dielinke-halle.de; linkesblatt@dielinke-halle.de oder telefonisch über 0345 2025590 oder 01775737799

Keine Revision der Ergebnisse der Bodenreform zulassen

Mit der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP wird ein unvertretbarer Vorstoß gegen die Ergebnisse der Bodenreform von 1945 bis 1949 unternommen. Vor diesem Hintergrund erklärt der agrarpolitische Sprecher der Fraktion **Hans-Jörg Krause:**

„Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009 verweist darauf, dass die Verwertung der durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) verwalteten Flächen zügig erfolgen und im Wesentlichen bis zum Jahre 2025 abgeschlossen werden soll. Dabei sollen die agrarstrukturellen Belange verstärkt berücksichtigt und die gegenwärtige Verkaufspraxis der BVVG überprüft werden. Oberflächlich gelesen könnte man sagen: Gut so, das ist auch die

Forderung der Landwirte.

Doch der letzte Satz des betreffenden Abschnittes verrät sehr deutlich, welche Agrar- und Eigentumsstrukturen die Koalitionäre ins Auge gefasst haben: „Wir setzen Verbesserungen beim Flächenerwerbsänderungsgesetz im Sinne der Alteigentümer durch.“

Es ist eine Ungeheuerlichkeit, die Ergebnisse der Bodenreform immer noch in Frage zu stellen und sie

auch jetzt noch, nach 20 Jahren Deutscher Einheit, revidieren zu wollen. Dagegen protestiert DIE LINKE ganz entschieden und fordert zugleich die Landesregierung auf, sich im Bundesrat gegen eine solche Gesetzesänderung zu stellen.

DIE LINKE bleibt dabei: Eine Revision der Ergebnisse der Bodenreform von 1945 bis 1949 darf nicht zugelassen werden.“

Die neue Rolle der LINKEN nach der Bundestagswahl

Im Gespräch: **Horst Kahrs**, Leiter des Bereiches Strategie und Politik der Bundesgeschäftsstelle im Parteivorstand DIE LINKE

WO: Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6

WANN: Mittwoch, den 25. November 2009, 18.00 Uhr

Informationen: Abgeordnetenbüro Dr. Uwe Köck,

E.-Haeckel-Weg 5; Tel.: 8059025

Geschäftsstelle Halle, Blumenstraße 16; Tel.: 2025590

Sachsen-Anhalt Monitor 2009

CDU-Regierung mit sozialismusfreundlichem Volk

In Sachsen-Anhalt haben wir 2009 mit den Ergebnissen der Kommunal- und der Bundestagswahl ausreichend genug Erkenntnisse über die politische Stimmung im Lande. Nun kommen noch die Ergebnisse des „Sachsen-Anhalt Monitors 2009“, einer Umfrage im Auftrage der Landeszentrale für politische Bildung, hinzu. Manche Analysten sprechen von Steuerverschwendung durch das Land.

Dringend Interesse an Politik wecken

Von den Befragten gaben 59 % an, ein „starkes Interesse an Politik“ zu haben. Das deckt sich in etwa mit dem Prozentsatz der Wähler und ist nichts Neues. Je älter die Leute werden, um so mehr interessiert sie Politik (ab 60 Jahre 73 %). Von den jungen Menschen bekunden lediglich 32 % politisches Interesse. Richtig alarmierend: Nur 19 % der Befragten vertrauen den Parteien in der BRD.

Was folgt aus diesen Aussagen für die Partei DIE LINKE? Die politische Orientierung der LINKEN wird nicht von Umfragen be-

stimmt. Die Ergebnisse von Umfragen sind hilfreich. Und hier ist offensichtlich: Alle politischen Parteien der BRD sollten sich stärker um die Entwicklung des politischen Interesses und um mehr Glaubwürdigkeit bemühen. DIE LINKE muss ihre alten „Stammkunden“ pflegen und gleichzeitig Politik für die Jugend mit der Jugend machen.

Genauere Aussagen zum Verhältnis zu den Parteien können nicht gemacht werden, da nach der Bindung zu einer bestimmten Partei nicht gefragt wurde.

Mut zur DDR - Vergangenheit
Angesichts der täglichen Pressemeldungen über Jubelfeiern zum Ende der DDR sind die Aussagen im „Sachsen-Anhalt Monitor“ aufschlussreich. 88 % der Befragten erklärten, dass man in der DDR „alles in allem ganz gut leben“ konnte.

Die vorgegebene These:

„Wenn man in der DDR leben musste, hat man viele wertvolle Jahre seines Lebens verloren“ lehnen 80 % ab. Und mit der „Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse“

sind 82 % nicht einverstanden. Mediendarstellung und Lebenserfahrung haben nur eine geringe Übereinstimmung. Die da antworteten waren keine Auserwählten der LINKEN oder irgendeine Hallotris. Es waren „normale Sachsen-Anhalter“, von denen 91 % für „Respektierung von Gesetz und Ordnung“ sind.

Sozialismus als gute Idee

72 % der Befragten stimmten der These: „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“ zu. Ein überraschend hoher Prozentsatz! Ein Wohlwollen gegenüber dem Sozialismus ist eindeutig. Doch ob die Leute den Sozialismus auch wollen, ist damit nicht gesagt. Bisher ergeben die Wahlergebnisse ein anderes Bild. Was folgt daraus für die Orientierung der Partei DIE LINKE? Eine Aufgabe der LINKEN ist es daher, eine Antwort auf die Frage: Wie kommt man von der „guten Idee“ zu einer „guten Ausführung“? zu finden. Anders ausgedrückt lautet die Frage: Was ist Sozialismus heute und wie wird er erreicht? Die LINKEN aus Sachsen-Anhalt können sich in der gesamtdeutschen Diskussion auf die 72 % Sozialismusfreunde laut „Sachsen-Anhalt Monitor 2009“ berufen.

Zu bedenken ist:

In anderen Bundesländern gilt das Wort „Sozialismus“ immer noch als Reizwort oder Schimpfwort. Wenn die Ergebnisse der Meinungsumfrage in Sachsen-Anhalt zur Diskussion über gesellschaftliche Grundfragen beitragen, wären die Ausgaben für den „Sachsen-Anhalt Monitor 2009“ doch keine Geldverschwendung.

GeNau

Einladung - Einladung - Einladung - Einladung - Einladung

Seit 2007 beschließt der Stadtverband das Jahr mit einer kulturellen Veranstaltung. Das wird auch dieses Jahr, nach einem überaus erfolgreichen Jahr für unseren Stadtverband und die gesamte Partei, wieder gute Tradition sein.

Am Freitag, dem 11.12.2009 wird der Schauspieler **Thomas Stein** uns im **Café Allegro2 auf dem oberen Boulevard** einen etwas anderen Blick auf Weihnachten beschern.

Wir möchten auch gerne Genossinnen und Genossen unseres Stadtverbandes die Möglichkeit geben, an der Veranstaltung teilzunehmen. Karten sind zum Preis von 12,00 Euro in der Geschäftsstelle oder bei Marianne Böttcher erhältlich. Da es sich nur noch um Restkarten handelt, ist Eile geboten.

Bestellungen bitte über die Geschäftsstelle: Tel.: 202 55 90
oder über Marianne Böttcher: Tel.: 0177 57 37 799

Metropolregion Mitteldeutschland Magdeburg als Vorort von Halle?

Am 30.10.2009 wurde in Halle auf der 3. Konferenz mitteldeutscher Städte die Erklärung zur Weiterführung und Intensivierung der Zusammenarbeit unterzeichnet.

Eine Möglichkeit der Zusammenarbeit ist die Metropolregion. Dieses Instrument wird von der EU gefördert und ist nicht an Landesgrenzen gebunden. Da viele Städte von der Förderung profitieren wollen, wurde das Einzugsgebiet für die Metropolregion immer vergrößert, so dass räumliche und ökonomische Interessen kollidieren.

Deshalb stellt DIE LINKE einen Vorschlag zur Diskussion

„Das Konzept der Metropolregion Halle/Leipzig wird auf seinen Ursprung zurückgeführt. Danach besteht die „Metropolregion Halle/Leipzig“ aus einer territorial auf den gemeinsamen Verdichtungsraum der Städte Leipzig und Halle eingegrenzten Inneren Metropolregion. Diese „Kernregion“ wird von einer territorial offenen und in Raum und Zeit dynamischen „Äußeren Metropolregion“ umgeben. Diese schließt gegenwärtig die Verdichtungsräume um die bzw. die Oberzentren Dresden, Chemnitz/Zwickau, Jena, Erfurt, Magdeburg und Dessau/Roßlau ein. Es sind bei Entwicklung entsprechender Verflechtungen sowohl Erweiterungen, gleichwohl aber auch eine Schrumpfung möglich. Es ist gut vorstellbar, dass Dresden (mit Meißen und Pirna) den Status einer eigenen Metropolregion zugebilligt bekommen könnte.

Zwischen der Kernregion und bedeutenden Innovationszentren, Technologiestandorten oder Kultureinrichtungen der Äußeren Metropolregion bestehen enge Verflechtungen. Ein besonderes Merkmal der Metropolregion Halle/Leipzig sind auch vielfältige bilaterale und netzartige Verflechtungen zwischen den Oberzentren der Äußeren Metropolregion untereinander.

Der Kernbereich ist über Entwicklungskorridore mit den ansonsten selbständig agierenden Oberzentren der äußeren Metropolregion („Satelliten“) verbunden. Das Rückgrat der Entwicklungskorridore wird überwiegend von der höherwertigen Verkehrsinfrastruktur gebildet. Sie schließen den überwiegenden Teil der Mittelzentren der Metropolregion ein, die als „Ganglienknoten“ fungieren, d.h. wichtige Schaltstellen zwischen den ländlichen Räumen innerhalb der Metropolregion und den Oberzentren darstellen. Die sektoral dazwischen liegenden ländlichen Räume übernehmen mit ihren naturräumlichen Qualitäten eine wichtige Rolle vor allem als Tourismuszentren und runden so das metropolitane Spektrum ab. Über die Entwicklungsachsen von der Kernregion zu den Oberzentren der äußeren Metropolregion erfolgt der Brückenschlag zu benachbarten Metropolregionen wie folgt

- über Dresden (mit Wurzen, Oschatz, Riesa als „Ganglienknoten“) zur Metropolregion Prag
- über Chemnitz/Zwickau (mit Altenburg, Gera) zur Metropol-

region Nürnberg (über Plauen)

- über die Thüringer Städteachse Jena/Erfurt (mit Weißenfels, Naumburg, Zeitz, Altenburg, Apolda, Weimar, Eisenach) zur Metropolregion Frankfurt und zur Metropolregion Nürnberg (über Rudolstadt, Hof)
- über Dessau/Roßlau (mit Delitzsch, Bitterfeld/Wolfen) zur Hauptstadtregion Berlin
- über Magdeburg (mit Bernburg, Köthen, Schönebeck) zur Metropolregion Braunschweig-Hannover - Göttingen und zur Metropolregion Hamburg (mit Stendal, Salzwedel)
- zur Metropolregion Braunschweig-Hannover - Göttingen (über Eisleben, Sangerhausen, Nordhausen bzw. über Aschersleben, Staßfurt, Quedlinburg, Halberstadt, Wernigerode, Ilseburg)

Die ausgeprägt polyzentrische Struktur mit einer vergleichsweise nicht sehr dominanten Kernregion und starken, sich in den Entwicklungsachsen manifestierenden zentrifugalen Kräften sowie die Bedingungen eines Drei-Länder-Ecks bedürfen in besonderem Maße einer verlässlichen innerregionalen Governance und eines demokratischen und solidarischen Miteinander.

DIE LINKE sollte sich deshalb für die Etablierung eines sich an das Vorbild der Metropolregion Nürnberg anlehrendes Governance-Modells stark machen.“

Dr. Uwe-Volkmar Köck
Raumordnungsexperte der Fraktion und Stadtrat in Halle

Kommunen stabilisieren - Sachsen-Anhalt sicher aus der Krise führen!

von Gerald Grünert (MdL)

In Folge der Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Rezession verschärft sich seit Jahresbeginn die kommunale Finanzlage zusehends. Absehbar sind bereits für dieses, aber auch für die nächsten Jahre wesentlich niedrigere Einnahmen und höhere Ausgaben. Die Landesregierung aus CDU und SPD will in dieser Situation die Zuweisungen für die Kommunen in den Jahren 2010 und 2011 weiter drastisch reduzieren.

So sollen im Vergleich zu diesem Jahr die Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) in 2010 um rund 132 Millionen Euro und im Jahr 2011 um rund 136 Millionen Euro gekürzt werden, obwohl die tatsächlich ermittelte notwendige Finanzausstattung der Kommunen wesentlich höher ist. So ermittelte der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt eine notwendige Finanzausgleichsmasse von 1,977 Milliarden Euro, der Landkreistag von 1,850 Milliarden Euro.

Rechnet man dann noch die Rückzahlungsforderungen des Landes gegenüber den Kommunen in den beiden kommenden Jahren in Höhe von jeweils rund 80 Millionen Euro dazu, ergibt sich im Vergleich zu 2009, dass das Land den Kommunen 212 Millionen Euro für das Jahr 2010 bzw. 216 Millionen Euro

für das Jahr 2011 weniger zur Verfügung stellen will.

Aus Sicht der LINKEN in Sachsen-Anhalt ist dieser Weg falsch, weil er die Kommunen beschädigt, die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort in Frage stellt und die Zukunftsfähigkeit des Landes Sachsen-Anhalt gefährdet.

In Zeiten der Krise geht DIE LINKE Sachsen-Anhalt in die jetzt beginnenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2010/2011 mit einem Paket an konkreten Vorschlägen zur finanziellen Stabilisierung der Kommunen und zur zukunftsfähigen Gestaltung des kommunalen Finanzausgleiches.

Dafür legt DIE LINKE folgendes 4-Punkte-Sofortprogramm vor:

1. Finanzielle Mindestsicherung für die kommunalen Kassen! Dazu soll das Land den kreisfreien Städten, den Landkreisen und den kreisangehörigen Gemeinden in den Jahren 2010 und 2011 die Summe an Landeszuweisungen im FAG zur Verfügung stellen, die im Jahr 2009 bereitgestellt sind. Dies wäre eine jährliche Gesamtsumme in Höhe von 1.713.644.994 Euro.

2. Um abzusichern, dass die Kommunen diese Summe in den Jahren 2010 und 2011 tatsächlich erhalten werden, werden wir die Streichung der Rückzahlungsforderungen des Landes gegenüber den Kommunen

in Höhe von jeweils rund 80 Millionen Euro beantragen.

3. Als besondere Ergänzungszuweisung soll die Jugendpauschale in das Finanzausgleichsgesetz aufgenommen werden.

4. Sonderbedarfszuweisungen sollen die kreisfreien Städte und die Landkreise mit einer weit unterdurchschnittlichen Einwohnerdichte erhalten, um dort bereits jetzt erkennbare Fehlbedarfe in den Jahren 2010 und 2011 zumindest teilweise ausgleichen zu können. Die dafür notwendigen Mittel sollen aus dem Bedarfsstock entnommen und in einem neuen Haustitel den betroffenen Kommunen zur Verfügung stehen.

Mit diesem Maßnahmenpaket will DIE LINKE die Kommunen als Rückgrat der Öffentlichen Daseinsvorsorge stärken und eine Verlagerung der Neuverschuldung vom Land auf die Kommunen im Wesentlichen verhindern. Die Erhöhung der Finanzausgleichsmasse gegenüber dem Gesetzentwurf der Landesregierung auf dem Wege der Neuverschuldung darf aus Sicht der LINKEN kein Tabu sein. Nur finanziell stabile Kommunen werden es ermöglichen, Sachsen-Anhalt langfristig zu gestalten, die Wirtschaft nachhaltig zu entwickeln, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und so einen sicheren Weg aus der Krise zu finden.

Beachtenswert:

Der 17. November 1939 erinnert an die Studentenproteste in Prag gegen die faschistische deutsche Besatzung. Infolge der machtvollen Demonstration durch die Innenstadt wurden Tausende Studenten sogar aus den Schlafsälen heraus - verhaftet, mißhandelt und eingesperrt. Auf dem International Students' Council 1941 in London wurde dieses Datum zum internationalen Studententag ausgerufen.

Der erste Lehrer

„Jeder Wechsel ist süß!“, meinte einst Aristoteles und ließ seine Nachwelt ausprobieren, ob es tatsächlich so ist. Bis zur Wende hatte ich diesen Spruch fast schon vergessen, weil in meinem Leben nicht so viele Wechsel vorkamen. Die Wende machte ihn wieder lebendig.

Der mit ihr verbundene Wechsel aber war keineswegs süß und „Milka“ in Hülle und Fülle hinter der Ladentheke vermochte daran nichts zu ändern. Es war in der Tat eher ein bitterer, denn ein süßer Wechsel und wer nicht hinreichend Seele hatte, den zu ertragen, ist an ihm zerbrochen. Die Pädagogische Hochschule, die viele Jahre mein Hort zureichender Wohlfahrt war, durfte ich nicht mehr betreten. Stattdessen bekam ich eine „Warteschleife“ geschenkt; danach war mir, als müsste ich eine Bewährungsstrafe verbüßen. Vielleicht sollte ich ja auch bestraft werden? „In solchen grauen Zeiten hilft nur eines: Gegenhalten!“, sagte ich mir und tat es. Und so kam's, dass ich als bald mit vielen Frauen und Männern zusammentraf, denen es ähnlich wie mir erging. Damit begann aber auch eine Zeit, die viele angenehme Erinnerungen bewahrte, wie z. B. diese Geschichte aus dem Jahre 1990 über ehemalige Arbeiterinnen der Draht- und Seilwerk GmbH Rothenburg. Rothenburg liegt unweit von Wettin und Halle in einem reizvollen Tal an der Saale, eingebettet in leuchtendes Rot von Sandsteinfelsen. Das Werk produziert begehrte Produkte, nur der Arbeitsplätze waren zu viele. Die Frauen mussten zunächst kurzarbeiten, dann waren sie einen Monat zu Hause, nun hieß es: wieder die Schulbank drücken, wer auf dem eng gewordenen Arbeitsmarkt eine

Chance haben will.

„Das Bewerbungsanschreiben ist die Visitenkarte des sich Bewerbenden!“ So steht es in den Anleitungen zum Verfassen von Stellengesuchen, Anschreiben und Lebensläufen. Doch das ist für eine Facharbeiterin bzw. Teilfacharbeiterin nicht nur eine zeitraubende Prozedur, sondern auch eine fast unüberwindliche Hürde. Da war Hilfe angesagt und ich wurde ihr erster Lehrer nach den vielen Jahren produktiven Arbeitens. Draht ziehen, verzinken, ver-seilen oder auch für die Belegschaft zu kochen, das hatten die Frauen mit „Augen zu“ gebracht. Wenn's auch manchmal schwer war, in Schichten zu arbeiten, sie waren mit Spaß und Freude dabei. Selbst die kleine, zierliche Frau Vogel, deren Berufung es ja auch ist, schön zu sein, der die Fingernägel aber verkümmerten, weil es eine der Flüssigkeiten, durch die die Drähte gezogen werden mussten, mit ihr gar nicht gut meinte. Oder die junge Frau Voller, die eine der Rollen mit verzinktem Draht nicht festzuhalten vermochte und deshalb die mittleren Zehen ihres rechten Fußes verlor; das Stehen auf einer Stelle ist seitdem mit heftigen Schmerzen verbunden. Die Arbeit hat Spuren hinterlassen, sie sind mit dem Betrieb alt geworden. Welche Spuren wird die Zeit ohne Arbeit hinterlassen?

In drei Wochen Unterricht ist keine fehlerfreie Rechtschreibung und Grammatik zu erreichen, das ist eine Langzeit-Aufgabe. Aber sie wollen besser werden, das zählt. Im simulierten Bewerbungsgespräch verwechseln einige „mir“ und „mich“. „Das ist hier so üblich!“, meinten die Frauen. Aber es wurde ihnen auch klar, dass damit in Zukunft kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist,

24. November, 16 Uhr,

BO Riebeckplatz/Hofjäger
Diskussion im Kartoffelhaus,

Phillipp-Müller-Str. 44:

Brief des Parteivorstandes

der Partei

DIE LINKE

an alle Mitglieder

(s.a. Linkes Blatt Nr. 19)

zumindest nicht in einem Einstellungsgespräch und sie strengten sich wer weiß wie an. Aber an das Formulieren von Schreiben an Behörden wagten sie sich doch noch nicht. Da musste ich voll einspringen. Das erinnerte mich an meinen Schwiegervater, der Anfang der 1950er Jahre Buchhalter in einer LPG war. Nicht selten kam ein Bauer zu ihm und bat: „Komm Fritz, setz mir mal das Schreiben auf!“ und dabei rutschte eine Leberwurst als Dank im Voraus zum Fritz hinüber. Auch in Rothenburg gab's Leberwurst, zum Abschied, hausgemachte, auf frischen Brötchen vom hiesigen Bäcker. Nun merkte ich, dass jeder Wechsel auch ein bisschen süß sein kann.

LW

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - t

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

12.11.2009

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 26.11.2009